Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer  Zeitung.

№ 83. Montag den 24. März 1851.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 21. März, Abends 8 Uhr. Das Journal des Debats berichtigt seine früheren Mittheilungen und sagt: Preußen verlange für die Exekutive zwei permanente und drei gewählte Mitglieder oder die Rückkehr zum Bundestage. — Der Text der neuen französischen Note nennt den Gesammt-Eintritt Oesterreichs in den Bund eine flagrante Vertragsverletzung. — Die Legislative verwarf den von Larochejacquelin gestellten Antrag, die Offiziere, die im Jahre 1830 den Eid verweigert, zu rehabilitiren. — Die Kommission hat für die Gemeindewahlen eigene Bestimmungen angenommen.

London, 21. März. Die Titelbill ist vertagt worden.

Stettin, 22. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen, pr. Frühjahr 31½ bezahlt und Geld, pr. Juni 33 Brief. — Rüböl 9½, pr. Herbst 10½ Brief. — Spiritus 24, pr. Juni 22¾. Brief.

Hamburg, 22. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Weizen fest. Roggen, unverändert. — Oel, flau, pr. Frühjahr 21⅛, pr. Okt. 21⅜. — Kaffee, 4⅛, 4¼ nominell.

Paris, 21. März, Nachmittags 5 Uhr. 3 pCt. 57, 90. 5pCt. 94, 25.

London, 21. März, Nachmittag 5 Uhr 30 Minuten. Consols 96½—⅝. Hamburg 13 Mrk. 6 Schl. — Weizen, wenig Zufuhr, Preise fest. (Berl. Bl.)

Triest, 22. März. Se. Majestät der Kaiser ist heute früh um 7½ Uhr im besten Wohlsein hier angelangt und im Statthaltereigebäude abgestiegen.

Agram, 21. März. Die ganze Nahic von Banjaluka schloß sich dem Aufstande an. Die Rebellen dominiren die ganze Verbasposition von Jaiza bis Banjaluka und haben die Uebergangspunkte über diesen Fluß in Händen. Bei Jaiza sollen an 15,000 Insurgenten stehen. Ale Kedic sollte am 12. mit noch 5000 Mann und 2000 Pferden von Banjaluka aufbrechen, und proklamirte von dort eine Massenerhebung der Vekia. In Bihac traf Ordre ein, die Kraina solle sogleich ein zweites Aufgebot zusammenziehen und die Defilees der Gebirgsgegenden am Unacz besetzen. Es wird auf 3000 Mann geschätzt. Man erwartet stündlich einen Angriff der am rechten Verbasufer lagernden Rebellen gegen die kais. türkischen Truppen. Ale Kedic setzt Beamte ein und benimmt sich ganz als Gebieter. Es bestätigt sich, daß Omer Pascha über Livno und Duvno gegen Bihac operirt.

Preußen.
Kammer-Verhandlungen.
Erste Kammer.

Vierunddreißigste Sitzung vom 22. März.
Präsident: Graf v. Rittberg.
Eröffnung 10¼ Uhr.

Am Ministertische v. d. Heydt, Simons, v. Westphalen.

Der Schriftführer v. Prittwitz verliest das Protokoll der vorigen Sitzung; dasselbe wird genehmigt.

Der Präsident zeigt an, daß die nächste Sitzung am Donnerstag im Saale des Schauspielhauses stattfinden und das Klassensteuergesetz zur Berathung kommen wird.

Der Abg. Biercher hat sein Mandat niedergelegt. Die Abgg. v. Ladenberg, Magnus, Bittrich, Bergmann, Schnaase entschuldigen ihre Abwesenheit während der heutigen Sitzung. Die Abgg. Grubitz und Graf Schulenburg erhalten Urlaub. Der an die Stelle des Abg. Ritter gewählte Rittergutsbesitzer von Bianko hat die Wahl abgelehnt.

Der Präsident Graf Rittberg: Meine Herren! Es wird Ihnen geeignet erscheinen, von dieser Stelle aus eines Ereignisses zu erwähnen, das heute unser Aller Brust mit freudigen Gefühlen bewegt. Ich sage unser Aller Brust, denn, meine Herren, wo es dem Könige gilt oder irgend einem Mitglied unsers erhabenen Herrscherhauses, mit dem Wohle unsers Vaterlandes unzertrennlich verbunden, da schweigt die Verschiedenheit der politischen Ansichten, da giebt es nur eine Fraktion, da vereinigen sich aller Wünsche für das Wohl des edlen Hauptes und seiner Glieder. So war's der Preußen Art und Weise von Alters her in alten und neuen Provinzen, so lange Hohenzollerns Adler sie beschirmt, und so wirds bleiben.

Meine Herren! Wir feiern heute das Wiegenfest unseres edlen, ritterlichen Prinzen von Preußen. Kaum zum Jüngling herangereift, entwickelte er schon seinen Heldenmuth, dem hohenzollernschen Geschlechte eigen, in den Befreiungskriegen gegen den Usurpator des Westens. In der jüngsten Zeit wurde er aufs Neue an der Spitze unsers tapferen Heeres der Befreier Deutschlands; er befreite es von dem Joche einer andern Tyrannei, der des Umsturzes und der Revolution, die unsere heiligsten Bande, unsere tiefgewurzeltsten Institutionen zu vernichten strebte.

Meine Herren! Unsere Herzen schlagen heute im stärkeren Pulsschlag bei dem Andenken an die Feier des schönen Tages. In weitern und engern Kreisen werden die vollen Gläser erklingen und beredte Zungen werden des Herzens bewegte Gefühle, die ehrerbietigen Wünsche dem edlen Prinzen gewidmet in glänzenden Toasten verkünden.

Aber auch die, die, vom Schicksal gebeugt, durch den unerforschlichen Rathschluß des Höchsten in Trauer versenkt, es sich versagen müssen, der lauten Freude sich zuzugesellen, auch sie schließen sich im Geiste nicht wenniger innig diesen Wünschen an.

Heil! so erschallt es heute in fröhlichen Kreisen, Heil! so betet man heute im stillen häuslichen Gemach, Heil! so ertönt es aus unser Aller, der hier Versammelten, Herzen, Heil und Segen unserm geliebten Prinzen von Preußen, dem Beschützer des Rechts, der Ordnung und wahrer Freiheit! Heil und Segen ihm immerdar! Der Herr schirme seine Tage für und für, wende von ihm jegliches Ungemach und spende ihm jegliche Freude!

Dies, meine geehrten Herren und Kollegen, sind unser Aller Gefühle und Wünsche; ich habe ihnen nur meine schwachen Worte geliehen; geben Sie ihnen, ich bitte Sie darum, die Weihe Ihrer Zustimmung, indem Sie Sich von Ihren Sitzen erheben. (Dies geschieht.)

Die Versammlung hat sich wie ein Mann erhoben.

Die Wahl des Abg. Wichmann wird genehmigt.

Auf der Tagesordnug ist zuerst die Redaktion des Preßgesetzes.

Die von der betreffenden Kommission redigirte Fassung giebt zu einer längeren Diskussion Veranlassung.

Ein Amendement des Abg. Lette wird noch nachträglich, weil der Antragsteller dasselbe in der von der Kommission nicht getheilten Ansicht, daß es Fassungssache sei, zurückgenommen hatte, berathen und angenommen.

Der Abg. v. Rönne zieht aus dem Paragraph des Preßgesetzes, welcher alle entgegenstehenden Gesetze aufhebt, den Schluß, daß die Regierung nicht befugt sei, einzelnen Zeitungen noch fernerhin den Postdebit zu entziehen.

Der Minister des Innern: Es ist hier nicht der Ort, in die Diskussion zurückzugehen oder der Interpretation eines Paragraphen Folge zu geben.

Der Abg. v. Gerlach: Die Behauptung des Abg. v. Rönne ist unrichtig. Durch Ablehnung des Paragraphen über den Postdebit ist die frühere Lage der Dinge herbeigeführt, und es ist ganz so, als ob derselbe nie dagewesen wäre, daher hat die Regierung dieselbe Befugniß, welche sie früher hatte.

Ab. Kisker: Nachdem der Paragraph einmal aufgehoben worden ist, kann die Entziehung des Postdebits nicht anders stattfinden, als in Folge eines neuen Gesetzes.

Der Justizminister: Ich will nur darauf hinweisen, daß der betreffende Paragraph nichts als eine deklaratorische Bestimmung des Gesetzes enthielt.

Abg. Mathis: Ich habe nicht geglaubt, daß das Ministerium die Ablehnung jenes Paragraphen dahin auslegen wolle, daß es noch willkürlich einzelnen Zeitungen den Postdebit entziehen kann. Diese Befugniß kann lediglich Folge einer Verurtheilung sein. (Beifall.)

Abg. Zander: Mich hat die von dem Abg. Mathis ausgesprochene Meinung bei Stellung meines Amendements geleitet und ich wiederhole dies hiermit ausdrücklich. (Beifall.)

Abg. v. Gerlach: Ich muß nach wie vor der Regierung die Befugniß zusprechen, einzelnen Zeitungen den Postdebit zu entziehen; eine solche Entziehung hat nur die Natur einer entzogenen Subvention.

Das Preßgesetz wird schließlich angenommen. (Die Mitglieder der Linken stimmen dagegen.)

Der Präsident theilt mit, daß der neugewählte Abgeordnete Rintelen bereits seinen Platz in dem Hause eingenommen hat.

Der Minister des Innern zeigt an, daß der Saal des Schauspielhauses von Mittwoch ab der Kammer zur Befügung stehe.

Hierauf erstattet der Abgordnete Rothe den Bericht der Kommission über den Antrag des Abgeordneten Dr. Klee, betreffend einen Gesetzentwurf über die Ausführung der Eisenbahn von Posen nach Breslau.

Die Kommission trägt darauf an:

Die Kammer wolle beschließen: an die Staatsregierung den Antrag zu richten: baldigst einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen die Uebernahme des Baues einer Eisenbahn von Posen über Lissa und Rawicz nach Breslau und von Lissa nach Glogau auf Kosten des Staats ausgesprochen und zugleich festgestellt wird, daß mit der Ausführung dieser Bahnen spätestens, zunächst nach Vollendung der Ostbahn (wenn auch mit Ausschluß der Weichselbrücke) der Anfang gemacht werden soll. Es bleibt der Staatsregierung anheimgestellt, in diesem Gesetzentwurf über die Beschaffung der nöthigen Mittel zu dem vorberegten Bau die geeigneten Vorschläge zu machen. In Betreff der vorliegenden Petitionen schlägt die Kommission der Kammer vor: solche bei Vorlegung des Antrags über den Bau der Posen-Glogau-Breslauer Bahn der Staatsregierung zu überweisen.

Der Kriegsminister v. Stockhausen ist eingetreten.

Der Abg. v. Katte beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Den Antrag des Abg. Brüggemann auf motivirte Tagesordnung haben wir bereits gestern mitgetheilt. Auch liegt ein Amendement des Abg. Schmückert vor.

Nach einer thatsächlichen Berichtigung des Abg. Küpfer erhält der Antragsteller Abg. Dr. Klee das Wort. Derselbe führt durch, daß der Bau nicht allein für die Provinz Posen, sondern auch für den Staat im Allgemeinen von Wichtigkeit sei. Da ein Antrag auf Tagesordnung vorliege, so handle es sich jetzt hauptsächlich darum, dem Hause zu zeigen, daß eine Beschleunigung des Baues jener Bahn nothwendig sei; auch reiche es schon hin, daß die Angelegenheit überhaupt von allen Seiten beleuchtet und die Gewißheit gegeben werde, daß die Regierung derselben die nöthige Berücksichtigung zu Theil werden lasse. Die Eisenbahnen seien eben so wichtige, ja noch wichtigere Verbindungsmittel, als die Wasserstraßen, und die Provinz Posen, ein Binnenland, bedürfe einer Eisenbahn am allernöthigsten, da sie noch schlimmer daran sei als Schlesien, welches bereits eine Eisenbahn habe.

Der Redner begründet sodann seinen Antrag aus kommerziellen, militärischen und politischen Gründen. Es sei recht, daß man den Bau der Ostbahn beschleunige, aber man möge andere Theile des Staates gleichfalls bedenken: das Eine thun und das Andere nicht lassen.

Abg. Hansemann: Der große, anerkannte Nutzen der Eisenbahnen läßt es allerdings für sehr wünschenswerth erscheinen, Posen mit Breslau zu verbinden. Aber ich bin gegen den Gesetzentwurf, weil die zweite Kammer das Recht hat, zuerst einen solchen finanziellen Gesetzentwurf zu berathen.

Der Handelsminister: Die Regierung verkennt die Wichtigkeit der vorgeschlagenen Eisenbahn nicht, besonders da diese zur Vervollständigung des schon 1843 projektirten Eisenbahnnetzes dienen würde. Es ist nothwendig, daß die Regierung die Bahn auf Staatsrechnung übernehme. Auch sind die Vorarbeiten schon begonnen, und es kann, wenn der Beschluß hier angenommen wird, sogleich zur Ausführung geschritten werden. Dabei würde die Ausführung der Ostbahn nicht hinderlich sein, und die nöthigen Mittel bald flüssig gemacht werden können. Die Regierung hat die Absicht, eine Vorlage in dieser Beziehung einzubringen; es kann alsdann über die Richtung der Linie Beschluß gefaßt werden.

Nach thatsächlichen Bemerkungen der Abgg. v. Brünneck und Dr. Klee wird der beantragte Schluß abgelehnt.

Abg. v. Buddenbrock (Meseritz): Ich suche, um die Rechte der ersten Kammer abzuschätzen, nicht nach den Ansichten des Abgeordneten für Aachen, sondern nach meinem Mandat und nach der Verfassung. Die Eisenbahn ist eine Pflicht gegen die Provinz Posen, welche 1830, 1846 und 1848 tief getroffen worden ist und schwer geblutet hat.

Diese Eisenbahn soll die Provinz Posen mit eisernen Banden an die übrigen Provinzen fesseln. Die Provinz soll dankbar sagen können: Wir sind Fleisch von eurem Fleisch und Bein von eurem Bein.

Nachdem der Abg. Kisker den Antrag auf Tagesordnung empfohlen hat, wird der Schluß der Diskussion angenommen. Die einfache Tagesordnung wird verworfen und die von dem Abg. Brüggemann vorgeschlagene motivirte Tagesordnung angenommen. In Betreff der Petitionen wird der Kommissions-Antrag angenommen.

Schluß der Sitzung 2½ Uhr.
Nächste Sitzung: Donnerstag.

Berlin, 22. März. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem Gefreiten Ransleben des 1sten Husaren-Regiments (1sten Leib-Husaren-Regiments) die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; und die von der Akademie der Wissenschaften getroffenen Wahlen der Privat-Docenten an der hiesigen Universität, Dr. med. Du-Bois-Reymond und Dr. med. Peters, zu ordentlichen Mitgliedern der Akademie zu bestätigen.

Angekommen: Se. Excellenz der General der Kavallerie, General-Adjutant Sr. Majestät des Königs, Gesandter in außerordentlicher Mission am königlich hannoverschen Hofe, Graf v. Nostitz, von Hannover.

(Militär-Wochenblatt.) Prinz Gustav zu Ysenburg und Büdingen, Rittm., von dem Verhältniß als dienstl. Adjut. bei des Prinzen Friedrich von Preußen kgl. Hoh. entbunden, und genehmigt, daß derselbe ferner à la Suite des Garde-Drag.-Reg.-Reg. geführt werde. Großmann, Sec. Lt. vom 3. Bat. 11., ins 2. Bat. 26. Reg. einrangirt. Strähle, Hauptm. v. 26. Inf. Reg., als Major, mit der Reg. Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., Aussicht auf Civilversorg., und Pension der Abschied bewilligt. Mathieu, Lieut. a. D. und Garnis.-Verwalt.-Kontroleur in Mainz, zum int. Garnison-Verwalt.-Inspektor in Schweidnitz, Müller, kontrolführender Kasernen-Insp. 1. Kl. in Schweidnitz, zum Garnison-Verwalt.-Kontroleur in Mainz, Ohly, Hauptm. a. D., zum interim. Garnison-Verwalt.-Inspektor in Glogau ernannt.

Dasselbe Blatt bringt die Verträge zur öffentlichen Kenntniß, welche das Militär-Oekonomie-Departement mit den Direktionen der Magdeburg-Köthen-Halle-Leipziger, der Berlin-Hamburger und der Stargard-Posener Eisenbahn-Gesellschaft wegen Beförderung von Truppen abgeschlossen hat.

Berlin, 22. März. [Tagesbericht.] Zur Feier des Geburtstages Sr. k. Hoheit des Prinzen von Preußen fand heute Mittag 2 Uhr bei Sr. Maj. dem Könige auf dem Schlosse zu Bellevue ein Familiendiner des königlichen Hauses statt. Vorher geruhten Se. Majestät, daselbst den Vortrag des Herrn Ministerpräsidenten entgegenzunehmen. — Dem Vernehmen nach wird der preuß. Bevollmächtigte in Dresden, wirkl. geh. Rath Graf v. Alvensleben, morgen Mittag aus Dresden zu einer Konferenz hier eintreffen. (Pr. Ztg.)

Gestern Abend hat im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eine Konferenz stattgefunden, welcher der Ministerpräsident und der Handelsminister, letzterer mit vier Räthen seines Ministeriums, beiwohnten. Gegenstand der Konferenz dürften die Eisenbahn-Angelegenheiten gewesen sein.

Der Herr Ministerpräsident v. Manteuffel hatte heute Vormittag eine Besprechung mit den Repräsentanten von Großbritannien und Rußland. (N. Pr. Z.)

In der That tritt jetzt (wie schon von der N. Pr. Z. gemeldet) ziemlich verbürgt hier die Nachricht auf, daß das Neunerprojekt sowohl von österreichischer als preußischer Seite aufgegeben sei. Die Hauptklippe bildet nur noch die bevorzugte Stellung, die Oesterreich für Baiern fordert und in Beziehung auf welche es sich auf schon früher von seiner Seite eingegangene positive Verpflichtungen beruft, von denen es sich in keinem Falle einseitig lösen könne. Dieser Vorwand wird hier für um so unberechtigter gehalten, da doch Preußen sogar die Union um des Friedens willen aufgelöst habe. Die Fortführung des ausschließlichen Präsidiums in der vormärzlichen Bedeutung wurde bekanntlich hier bereits Oesterreich zugestanden. Aber die völlige Herabdrükkung zur Stellung Baierns, die nun unverhüllt in Aussicht gestellt ist, erregt aufs Neue eine gewisse Mißstimmung, wie sie sich namentlich in der „Kreuzzeitung“ spiegelt. Da Preußen fortwährend vorzugsweise als Militärstaat aufgefaßt wird, so erscheint namentlich die dualistische Gestaltung der obersten Bundesmilitärbehörde fortwährend als ein Punkt, der nur im äußersten Falle aufzugeben wäre.

Gestern ist dem Präsidium der zweiten Kammer, wie schon angezeigt, eine Zuschrift der Staatsanwaltschaft zugegangen, durch welche die Genehmigung zur Einleitung einer Untersuchung gegen den Abg. Harkort wegen seines „Bürger- und Bauern-Briefes“ beantragt wird. Die Anklage soll ihre Begründung besonders in demjenigen Theile der Schrift finden, welcher nachzuweisen sucht, daß die Mobilisirungskosten und deren Pertinenzien sich nicht nur auf die Summe der im vorigen Jahre bewilligten 18 Millionen und in diesem Jahre nachgeforderten 14 Millionen beschränken, sondern eine Summe von 60 Millionen in Anspruch genommen hätten. Der Passus in jenen Briefen, welcher die Bauern darauf hinweist, daß die Abhülfe in der Besteuerung nur durch sie selbst geschehen könne, soll das Hauptmotiv zur gerichtlichen Verfolgung darbieten.

Das Wesentliche des neuen von der Regierung so eben bei der zweiten Kammer eingebrachten Gesetz-Entwurfs zur generellen Regelung der Besteuerung der Bergwerke (nur auf die Bergwerke auf der linken Rheinseite soll es keine Anwendung finden) besteht in Folgendem: Der Zehnte, der gegenwärtig von allen Bergwerken an den Staat entrichtet wird, wird vom 1. Okt. 1851 an auf die Hälfte, also auf ein Zwanzigstel ermäßigt. Wo gegenwärtig statt des Zehnten eine fixe Abgabe von der Maß- oder Gewichts-Einheit der Produktion, oder ein fester Jahresbetrag entrichtet wird, kann diese Abgabe auf Antrag des Bergwerkbesitzers in die Entrichtung des Zwanzigsten umgewandelt werden. Das s. g. Receßgeld für jedes vom Staate verliehene Bergwerk wird auf jährlich einen Thaler festgesetzt. 23 unter den verschiedensten Namen bestehende Abgaben werden ganz aufgehoben, und statt derselben eine sogenannte Aufsichtssteuer eingeführt, die 1 Prozent von dem Werthe der Produkte des Bergwerkes betragen, und nicht nach der Förderung, sondern nach dem Absatze berechnet werden soll. Und endlich wird dem Handelsministers die Autorisation ertheilt, sowohl für den Zwanzigsten, als auch für die Aufsichtssteuer und für beide zugleich ein Abonnement, jedoch höchstens immer auf fünf Jahre zu bewilligen, und zwar entweder in fixen Vierteljahrs-Beträgen oder nach Sätzen, welche für die Maß- oder Gewichts-Einheits der Produkte festgestellt und nach dem wirklichen Absatz vierteljährlich entrichtet werden. Das ziemlich umfangreiche Gesetz besteht aus 14 Artikeln. (Nat. Z.)

Die provisorisch erlassene Verordnung über den Belagerungszustand hat in der Kommission der zweiten Kammer keine wesentlichen Aenderungen erlitten. Die einzige erwähnenswerthe Abänderung, welche die Kommission beantragt, ist die dem Kriegsgericht beigelegte Befugniß, mildernde Umstände zu berücksichtigen, und bei deren Vorhandensein, statt auf den Tod, auf 10—20jährige Freiheitsstrafe zu erkennen. Alle übrigen Aenderungen sind theils Modifikationen der Fassung, theils Vereinigung der Verordnung mit einigen differirenden Bestimmungen des Strafgesetz-Entwurfs.

Nachdem die zweite Kammer nunmehr das Budget in allen seinen Theilen revidirt hat, kommt es darauf an, das dieses Budget mit Berücksichtigung der von der Kammer gefaßten Beschlüsse feststellende Finanzgesetz zu berathen. Die Resultate der Revision gehen dahin, daß die Einnahme um 100,000 Thlr. aus dem Gewinn der Seehandlung, die wieder auf den Etat gebracht werden sollen, erhöht, der Ausgabe-Etat dagegen um 442,937 Thlr. vom Etat abgesetzter fortdauernder und um 2655 Thlr. einmaliger außerordentlicher Ausgaben verringert worden ist. Dagegen ist der Ausgabe-Etat um 165 Thlr. (Mehrausgabe bei dem Etat der Kammern) erhöht worden. Hiernach ist folgendes Finanzgesetz entworfen worden, um in der künftigen Woche zur Beschlußnahme vorgelegt zu werden: „§ 1. Der Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1821 wird in Einnahme auf 93,294,959 Thlr. und in Ausgabe auf 96,367,532 Thlr., nämlich auf 93,040,939 Thlr. an fortlaufenden und auf 3,326,593 Thlr. an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben festgestellt. — § 2. Der Finanz-Minister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.“

Die Einführung des neuen Strafgesetzbuches soll nach dem Vorschlage der Kommission schon mit dem 1. Juli d. J. in der Art erfolgen, daß das Gesetzbuch mit jenem Termine Rechtskraft erlange. Neben dem Gesetzbuche bleiben jedoch noch so viele strafrechtliche Spezial-Gesetze bestehen, daß die Kommission deren Aufzählung im Einführungsgesetz für unausführbar erklärt. Dem Entwurfe des Einführungsgesetzes hat die Kommission einen besonderen Abschnitt über die Kompetenz und das Verfahren in Strafsachen hinzuzufügen für nöthig erachtet. Derselbe ist namentlich durch die gegenwärtig bestehenden abweichenden Verhältnisse der Rheinprovinz herbeigeführt. Im Art. XIII. findet sich eine singuläre Bestimmung, wonach in den Landestheilen, in welchen das Institut der Schiedsmänner besteht, Verbal- und leichte Real-Injurien nur dann zur Kognition des Gerichtes zugelassen werden sollen, wenn der Kläger durch ein Attest des Schiedsmannes nachweist, daß er dessen Vermittelung ohne Erfolg nachgesucht habe. (C. B.)

Die am 19. d. M. in Neuß stattgehabte Ersatzwahl eines Abgeordneten zur zweiten Kammer für den 7ten Düsseldorfer Wahlkreis an Stelle des Grafen v. Mirbach ist auf den Bürgermeister Sartorius zu Dyck gefallen. Derselbe erhielt 99 von 155 Stimmen und hat die Wahl angenommen.

An Stelle des verstorbenen Landrath v. Heyden ist der Rittergutsbesitzer v. Enkevort auf Vogelsang zum Abgeordneten der ersten Kammer für den 1sten Stettiner Wahlbezirk gewählt worden und hat das Mandat angenommen.

Der Abgeordnete zur zweiten Kammer für den 1sten Posener Wahlbezirk, v. Grabowski, hat sein Mandat niedergelegt.

Am 20. d. Mts. kamen hier 612 Personen an und reisten 586 ab. Angekommen: der königl. großbrittanische Kabinets-Kurier Moore, von Wien.

Stettin, 20. März. [Tagesneuigkeiten.] Herr Stadtrath Moritz hier hat bekanntlich hundert Stück Friedrichsd'or für Den ausgeboten, der das Wesen oder Unwesen des modernen Konstitutionalismus am gründlichsten zu erörtern vermag. Diese Geldprämien-Maßregel hat bereits Nachahmnng gefunden. Der „Verein für die innere Mission an der Plöne“ hat zwei Preise zu resp. „15 und 10 Reichsthalern in Gold“ ausgesetzt für die beiden besten Predigten über Hesekiel, Kapitel 3, Vers 17—19. Zu Preisrichtern haben sich bereit erklärt Prof. Tholuck in Halle, Pastor Knack in Berlin, Landrath v. Kleist-Retzow und Rittergutsbesitzer v. Dewitz auf Weitenhagen bei Daber. — Heute feiert der General-Lieutenant v. Grabow, der kommandirende General des 2. Armeekorps hier, sein fünfzigjähriges Dienst-Jubiläum. Gestern Abend wurde ihm von sämmtlichen Spielleuten der Garnison ein Fackelzug und großer Zapfenstreich gebracht. Leider wurden die Fackeln während des Zuges großentheils von dem starken Regen ausgelöscht. Zu der heutigen Feier sind Deputationen von allen Regimentern des 2. Armee-Corps hier eingetroffen. — Der Geburtstag des Prinzen von Preußen wird heute von mancher Seite gefeiert. — Die schwarz-roth-goldne Fahne, welche seit dem März des Jahres 1848 an Sonn- und Feiertagen am hiesigen Rathhaus ausgesteckt wurde, ist heute durch eine Stettiner Stadtflagge ersetzt worden. — Gestern ist der Befehl hier eingegangen, daß die Soldaten die schwarz-roth-goldene Kokarde ablegen sollen. (Ostsee-Z.)

Nordhausen, 18. März. Der „Magd. Corr.“ meldet: Heute sollte vor dem öffentlichen Gerichte ein Hauptagent der demokratisch-lichtfreundlichen Partei, Schlichteweg, wegen der ihm Schuld gegebenen Ausbreitung des Gerüchts, der Minister v. Manteuffel sei als Landesverräther verhaftet, abgeurtheilt werden; der Andrang und der Unfug des Publikums war aber so groß, daß der Staatsanwalt es vorzog, die Verhandlung zu vertagen. (N. Pr. Z.)

Köln, 18. März. Justizrath Stupp ist von der Regierung als Bürgermeister bestätigt worden.

Deutschland.

Dresden, 21. März. [Die Dresdener Konferenzen.] Das Ministerium des Innern hat unterm 20. März folgende Verordnung an sämmtliche Polizeibehörden erlassen:

In der ersten Sitzung der gegenwärtig hier versammelten Ministerkonferenz haben sich nach Inhalt des veröffentlichten Protokolls über jene Sitzung alle Theilnehmer an der Konferenz zur strengsten Geheimhaltung Dessen, was dort besprochen und verhandelt werden wird, verbunden. Hieraus entsteht auch für die königlich sächsische Staatsregierung die Pflicht, nicht nur selbst jenem Beschlusse nachzugehen, sondern auch allen von unberufenen Seiten kommenden, jenem Beschlusse zuwiderlaufenden Veröffentlichungen mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. Als eine solche völlig unberechtigte Veröffentlichung ist aber eine, neuerdings bei Veit u. Comp in Berlin unter dem Titel: „Die Dresdener Konferenzen. Mit Urkunden", erschienene Broschüre, in welcher ein Theil der Konferenzakten abgedruckt ist, unzweifelhaft anzusehen. Das Ministerium des Innern findet sich daher veranlaßt, den Vertrieb jener Schrift innerhalb des Königreichs Sachsen zu verbieten, und verordnet deshalb an sämmtliche Polizeibehörden des Landes, dieselbe überall, wo sie sie vorfinden, mit Beschlag zu belegen, und den Erfolg behufs weiterer Verfügung über die konfiszirten Exemplare durch die betreffende Kreisdirektion an das Ministerium des Innern anzuzeigen. Dresden, 20. März 1851. Ministerium des Innern. v. Friesen.

Das Dresdner Journal enthält gleichzeitig von einem O-Korrespondenten folgenden Artikel:

Die an der Spitze unsers heutigen Blattes stehende Verordnung des königlichen Ministeriums des Innern, welche das Verbot der zu Berlin erschienenen Broschüre „Die Dresdner Konferenzen" verfügt, giebt uns zu einigen erklärenden Bemerkungen Anlaß. Es war diese Broschüre seit zwei Tagen hier verbreitet, und deren Inhalt ist zu großem Theile in verschiedene Zeitschriften übergegangen. Das Ministerium ist daher bei Ergreifung dieser Maßregel schwerlich von dem Gedanken geleitet worden, eine ihm gefährlich erscheinende Schrift zu unterdrücken. Ebenso wenig kann es in seiner Absicht gelegen haben, der freien Meinungsäußerung über die Gestaltung der deutschen Verhältnisse damit Schranken setzen zu wollen. Der Inhalt der Broschüre, soweit derselbe in einer Kritik der Dresdner Konferenzen besteht, hat sicherlich nicht dazu Anlaß gegeben. Wenn die sächsische Regierung durch die kollektive Anfeindung der „napoleonischen Königreiche" wie vielfach angegriffen wird (wobei wir gelegentlich nicht unbemerkt lassen können, daß Hannover unschuldigerweise als napoleonisches Königreich mit unterlaufen muß, und daß die deutschen Könige als Kurfürsten ebenfalls nicht auf der letzten Bank Platz zu nehmen gewohnt waren), so darf sich die diesseitige Regierung mit dem Chef des preußischen Kabinets trösten, dem es in jener Broschüre auch nicht besser ergeht, und welcher derartigen blinden Parteiinteressen gleiche Geringschätzung entgegenzustellen wissen wird. Was die Regierung bestimmt hat, das fragliche Verbot zu erlassen, ist in der betreffenden Verfügung klar ausgesprochen. Die Geheimhaltung der in der Konferenz zu pflegenden Verhandlungen, ist unter den konferirenden Regierungen verabredet worden, und dies muß selbstverständlich, insbesondere den aus den Berathungen hervorgehenden Aktenstücken gelten. Es legt aber diese Verabredung jeder deutschen Regierung die Pflicht auf, nicht allein die vereinbarte Geheimhaltung zu beobachten, sondern auch die durch Unberufene unternommene Verbreitung der Aktenstücke, solange deren offizielle Veröffentlichung nicht beschlossen ist, in ihrem Bereiche nicht zu dulden. Dieser Pflicht hat sich die hiesige Regierung für ihren Theil nicht entziehen zu dürfen, und damit zugleich dem Ansehen der hier versammelten Konferenz Genugthuung verschaffen zu müssen geglaubt.

Der Allgemeinen Zeitung schreibt man aus Berlin vom 17. März: Für Manchen wird es nicht unerfreulich sein, zu erfahren, daß in Berlin und München die Ueberzeugung wieder Raum zu gewinnen anfängt: daß eine gedeihliche Lösung der deutschen Wirren ohne eine ehrliche Verständigung zwischen Preußen und Baiern gar nicht möglich ist. Nicht ohne Grund wird die Anwesenheit des Legationsraths Dönniges in unserer Stadt mit dem höchst lobenswerthen Entschlusse des münchener Kabinets in Verbindung gebracht, zuerst die Hand zum Frieden zu bieten, der leider allzu lange auf sich hat warten lassen. Die Audienz, die Hr. Dönniges zuerst bei dem Minister des Auswärtigen und nun auch bei dem Könige hatte, wird nicht ohne Erfolg sein. In die Länge konnte man hierorts eben so wenig als in München die Augen dagegen verschließen, daß die schwebenden Streitpunkte im Grunde doch „Mißverständnisse" sind, und daß beide Theile Alles erreichen können, was für sie selbst und für Gesammt-Deutschland wünschenswerth erscheint, ohne daß sie sich gegenseitig befehden und einer immer wieder die Plane des andern vereitelt. So wenig Süddeutschland ohne Baierns Beitritt irgend etwas Erkleckliches zu leisten vermag, so wenig ist Norddeutschland einer Krafteinigung fähig ohne Preußens Beihülfe, wobei noch besonders in Erwägung gezogen zu werden verdient, daß der preußische Staat seiner ganzen Anlage nach, und selbst durch seine Geschichte, das natürliche Bindeglied zwischen dem Süden und dem Norden des großen Vaterlandes bildet. Graf Flemming ist von Dresden hier eingetroffen, um persönlich Bericht über den Stand der Unterhandlungen abzustatten. Oesterreich besteht zunächst auf Vereinigung der Zolleinigungsfrage, und hat an unsere Regierung die Forderung gestellt, einmal mit definitiven Vorschlägen hervorzutreten, die dem Plenum vorgelegt werden können. Es fanden deshalb in den letzten Tagen Ministerräthe und Konferenzen zwischen den Herren v. Manteuffel, v. d. Heydt und v. Rabe unter Hinzuziehung mehrerer Ministerialräthe statt, und heute stattete der Minister-Präsident dem König Bericht in Charlottenburg ab.

Dasselbe Blatt enthält nähere Angaben über einen „Entwurf einer Uebereinkunft zwischen den deutschen Bundesstaaten zur Beförderung des Handels und Verkehrs." Die wichtigsten Artikel sind Art. 4, der für einige Rohprodukte freie Einfuhr gestattet. Art. 8, welcher ein allgemein deutsches Zollcartel vorbereitet. Art. 9, welcher die Schifffahrt der Bundesstaaten völlig gleichstellt, mit Ausnahme der Cabotage. Art. 11 und 12, welche völlige Gleichheit der verschiedenen Staatsangehörigen feststellen bezüglich der Entrichtung von Gebühren und Abgaben in Häfen, auf Flüssen und künstlichen Wasserstraßen. Art. 15, welcher gleiche Behandlung der deutschen, aber nicht einheimischen Gewerbs- und Handelsleute mit den jeweilig einheimischen feststellt. Art. 16 bereitet zu einem allgemeinen Münzcartel vor. Art. 17, Bundesangehörige sollen von jedem Consul eines Bundesstaats vertreten werden, wo kein Consul ihres speziellen Vaterlandes residirt. Die Consulargebühren, wie für die Einheimischen. Art. 18 stellt die Ausführung dieser 17 Artikel unter die Oberaufsicht der Bundesversammlung. Art. 19 spricht von einer im Jahr 1858 zu berufenden Versammlung, welche die völlige Handelseinigung berathen würde. Bis dahin sollen von keinem Staate diesem Zwecke hinderliche Verträge abgeschlossen werden. Art. 20 dehnt die Bestimmungen des Entwurfs auf die nichtdeutschen Provinzen Oesterreichs aus.

Die „Hannoversche Ztg." berichtet über den Stand der Handelsfrage auf den Dresdener Konferenzen: In der Einleitung zu dem Entwurf einer Uebereinkunft zwischen den deutschen Bundesstaaten zur Beförderung des Handels und Verkehrs, den die technische Sub-Kommission der dritten Kommission in Dresden ausgearbeitet und beschlossen hat und der nunmehr den sämmtlichen Regierungen vorgelegt worden ist, heißt es im Eingange: „Um den Artikel 19 der deutschen Bundesakte in dem durch den Artikel 65 der Wiener Schlußakte bestimmten Sinne zur Ausführung zu bringen, haben sich sämmtliche Bundesstaaten — indem sie anerkennen, daß von ihnen allerseits dahin zu wirken sei, die vertragsmäßige Vereinigung von ganz Deutschland, wenn auch unter Ausschluß einzelner Städte, Freihäfen und kleiner Bezirke, zu einem einzigen Handels- und Zollgebiete mit völlig freiem Verkehr im Innern und zweckmäßigen, die allgemeine Wohlfahrt fördernden Handels- und Zollgesetzen, herbeizuführen — und in der Absicht, schon jetzt, so weit die dermalige Verschiedenheit der Zustände und Interessen es gestattet, sich jenem Ziele durch gegenseitige Zusicherungen und durch Verkehrs-Erleichterungen zu nähern, über folgende Bestimmungen geeinigt." Folgt die Uebereinkunft, in welcher der Artikel 10 lautet: „Im Januar 1852 sollen am Orte der Bundesversammlung Bevollmächtigte sämmtlicher Bundesstaaten zusammentreten, um ausgedehntere als die jetzt verabredeten Verkehrs-Erleichterungen, und, wenn alsdann die, einer vollständigen Handels- und Zoll-Einigung von ganz Deutschland dermalen in der Verschiedenheit der Interessen und Zustände noch entgegenstehenden Hindernisse beseitigt sind oder ausgeglichen werden können, jene Einigung im Wege des Vertrages zu Stande zu bringen. Die Berufung der von den einzelnen Staaten zu ernennenden Bevollmächtigten geschieht von der Bundesversammlung."

Aus Kurhessen, 20. März. [Baiern. — Auswanderung.] Die Zahl der bairischen Truppen in unserm Lande wird endlich vermindert, aus Hanau ist bereits eine halbe Fuß-Batterie nach Baiern zurückmarschirt und außerdem wurden von einem Infanterie-Bataillon 50 Mann von jeder Kompagnie entlassen. — Die Zahl der Auswanderungslustigen mehrt sich von Tag zu Tage, Hassenpflug sorgt für Entvölkerung. (Nat. Z.)

Weimar, 20. März. [Die Familie Orleans.] Die heutige Weimarische Zeitung enthält folgenden Artikel: „Weimar, 19. März. Aus Eisenach wird uns mitgetheilt, daß zur großen Freude der Einwohner die Herzogin von Orleans vielleicht bald wieder ihren Wohnsitz in dieser Stadt nehmen dürfte. Hierbei sei erwähnt, daß wir ermächtigt sind, der Nachricht, welche kürzlich die Augsburger Allgemeine Zeitung brachte, daß nämlich innerhalb der Orleans'schen Familie eine politische Meinungsverschiedenheit und zufolge dieser eine Art Zwiespalt eingetreten sei, auf das bestimmteste zu widersprechen.

Malchin, 20. März [Der Landtag] hat heute das Gesetz wegen Aufhebung der Prügelstrafe zurückgenommen, um dem vernünftigen Ermessen des Richters wieder die ihm gebührende Geltung zu verschaffen, zumal es an Anhaltspunkten nicht fehle. Unter diesen wird unter Anderem aufgeführt, daß während der Voruntersuchung die körperliche Züchtigung nur mit großer Vorsicht und nach voraufgegangenen gelinderen Strafen angewendet werden dürfe. — Also eine „gelinde" Tortur! — In Rücksicht auf die Revision des Preßgesetzes beschloß der Landtag, sich gar nicht zu erklären, da weitere Vorlagen in Aussicht ständen. Der „engere Ausschuß" wird beauftragt, Einbringung derselben zum nächsten Landtage zu beantragen. (N. Z.)

Kiel, 20. März. Mit den schleswig-holsteinischen Angelegenheiten scheint es zu einem raschen Abschlusse zu kommen. Obwohl die Ablieferung des Materials erst unterm 10. k. M. vollendet sein wird, so soll doch jetzt schon, wie man den „H. N." schreibt, die Auflösung der Cadres in Angriff genommen werden. Man sagt, daß die Kommissare zur größten Eile drängen. Mit der Auflösung der Cadres wird die vollständige Entlassung des Offierkorps Hand in Hand gehen. Das dänische Gouvernement soll sich zu gar keinen definitiven Zusagen verstehen wollen, und seine Unnachgiebigkeit so weit treiben, daß selbst das Schicksal der unglücklichen Verstümmelten, deren man hier eine so große Zahl einherwandeln sieht, in Frage gestellt sei. (N. Z.)

Im Schleswigschen herrschen noch immer die alten Zustände, noch immer die Herrschaft eines Systems, das die sofort vom deutschen Bunde aufgenommene, von deutschen Fürsten, deutschen Generälen und deutschen Bundestruppen aller Länder verfochtene Erhebung der Herzogthümer für Rebellion erklärt, das jetzt nach Ueberwindung des Aufruhrs die strafende Gerechtigkeit vollzieht und alle Konsequenzen des siegreichen dänischen Eiderprogramms in's Leben führt. Und schon stellt man für das Herzogthum Holstein eine gleiche Behandlung in Aussicht, wenn nur erst die österreichischen und preußischen Truppen in Gemäßheit der dänischen Forderungen dasselbe verlassen haben werden. Wir zweifeln indeß, daß die deutschen Truppen den dänischen Platz machen werden, und wir hoffen, daß die deutschen Kommissäre, die nebst dem landesherrlichen, wie es heißt, dieser Tage nach Kopenhagen sich begeben, dort Gelegenheit nehmen werden, die doch gewiß unverfänglichen Beschlüsse des alten Bundestags in Erinnerung zu bringen. Die Neubildung des holsteinischen Bundeskontingents, die Flüchtlingsangelegenheit, die Zollverhältnisse und die Frage in Betreff der Verzinsung der dänischen Staatspapiere sollen hauptsächlich in Kopenhagen zur Sprache kommen.

Nach den neuesten Kopenhagener Blättern ist jetzt endlich ein Bericht über die Schlacht bei Idstedt veröffentlicht. Die Stärke der dänischen Armee betrug nach dem Berichte 37,189 Mann mit 96 Stück Geschützen. Die schleswig-holsteinische Armee war bekanntlich der Zeit um etwa 10,000 Mann schwächer! (H. N.)

Oesterreich.

N. B. **Wien**, 22. März. [Tagesbericht.] Der Artikel des „Journal de Débats" in Bezug auf die deutschen Angelegenheiten erregt viel Aufsehen. Gut Unterrichtete wollen wissen, daß die preußische Regierung das Recht Oesterreichs auf die Präsidentschaft des Bundes anerkannt hat und das österreichische Kabinet seinerseits Preußen die ihm gebührende Theilnahme an der Exekutivgewalt wohl zugestehen wird. — In der letzten Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums zu Prag stellte der Stadtrath den Antrag, dem Ministerpräsidenten Fürsten Schwarzenberg das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. Stadtrath Jaros beantragte, die Debatte hierüber zu vertagen, bis unsere Zustände ruhiger und gesicherter sein werden. Hr. Palaczky schloß sich dem an und hob hervor, daß eine Beschlußnahme hierüber unmöglich sei, so lange die Stadt unter dem Ausnahmszustande schwebe. Hr. Riedel und Hr. Haase machten auf die vielfachen Verdienste des Ministerpräsidenten aufmerksam, so wie auch sein Wirken für den Frieden und den Bestand Oesterreichs. Dr. Horaczek und Dr. Pinkas, welcher eine ausführliche Rede über unsre äußere Politik hielt, stimmten dem Vertagungsantrage bei. Palaczky bezeichnet den Antrag als ein Anzeichen von Servilismus. Ein großer Lärm entsteht bei diesem Worte, das Auditorium stampft. Palaczky wird zur Ordnung gerufen. Der Bürgermeister befiehlt den Saal zu räumen und fordert Palaczky auf, sein Wort zurückzunehmen. Der Vertagungsantrag erhielt 17 Stimmen. Der Antrag, dem Ministerpräsidenten das Ehrenbürgerrecht zu verleihen, wird mit großer Majorität angenommen. — Oesterreich soll den Antrag gemacht haben, die deutsche Flotte für sich zu kaufen. — Um den Preis für die Lokomotive zur Befahrung des Semmerings melden sich sieben Bewerber. Die Probefahrten, in Gegenwart der Preisrichter, beginnen im Juni. — Vom Kriegsgericht in Padua wurde der Pfarrer von Ceregnana, Dominik Bolzani, zu zweijährigem Festungsarrest verurtheilt, weil er am 18. August 1850 bei der Geburtsfeier des Kaisers absichtlich das Gebet für denselben weggelassen hatte. — Die hiesige Freimaurer-Loge konstituirte sich neu am 5. Oktober 1848 und feierte mit dem Tage seiner Wiedergeburt zugleich seine Vertagung bis Wien eingenommen war. Nach dem Einrücken des Fürsten Windischgrätz hielt die Loge mehrere Versammlungen, ohne von der Militärbehörde gestört zu werden. Als man sich aber in Folge einer in der Loge darüber entstandenen Debatte, an die obersten militärischen Gewalten direkt mit der Bitte um ungestörte Fortdauer der Versammlungen wendete, wollte das Gouvernement sie nur unter der Bedingung gestatten, daß ein militärischer Kommissär den Versammlungen beiwohne. Durch diese, den Ordensstatuten widersprechende Verfügung war das Schicksal der Loge entschieden und sie vertagte sich auf unbestimmte Zeit, ohne daß sich jedoch die Gesellschaft aufgelöst hätte, wie mehrfach irrthümlich berichtet wurde. — Die Inhaberin der, im Jahre 1848 durch die Flammen größtentheils zerstörten, ehemaligen Mak'schen Zucker-Raffinerie hat den Gemeinderath auf einen Schadenersatz von 600,000 Fl. angeklagt, und nachdem ihr die Klage abgewiesen wurde, soll sie sich mittelst eines der gewandtesten hiesigen Vertreter, an den obersten Gerichtshof gewendet haben. — Bei der k. k. Ferdinand-Nordbahn erinnert man sich seit lange keines so lebhaften Frachtenverkehrs als in letzter Woche.

Frankreich.

✕ **Paris**, 20. März. [Tagesbericht.] Eine neue heute stattgehabte Manifestation der Studirenden brachte weiter keinerlei Bewegung hervor. Eine mäßige Anzahl Studirender versammelte sich auf dem Pantheon-Platze und später im Hofe der Sorbonne, um eine Adresse an Herrn Michelet zu unterzeichnen. Andere begaben sich nach der Wohnung des Herrn Quinet, des Freundes Michelets. Es mögen etwa 80 Verhaftungen stattgefunden haben, und damit war Alles abgethan.

Geben nun dergleichen Manifestationen gar keine Ursache zur Besorgniß, so geben es um so mehr die Nachrichten aus den Departements. Auch die heute eingegangenen sind wenig beruhigend. Ernstliche Symptome der Agitation zeigen sich namentlich im ganzen Süden; kleine Revolten haben bereits hie und da bei der Conscription stattgefunden. In Lyon scheint die arbeitende Bevölkerung zu ihren alten Gewohnheiten zurückkehren zu wollen. Ist es nun zwar auch nirgends noch zu einem ernsten Aufstand gekommen, so lauten doch sämmtliche Nachrichten so beängstigend, daß man wohl jeden Tag Unruhen zu erwarten hat.

Allgemein legt man diese Agitation und Aufregung dem ungenügenden Ministerium bei. Das Land fühlt sich nicht regiert, sagt man; es hat zu den Männern an der Spitze kein Vertrauen.

Der Präsident aber beharrt darauf, die Interims-Minister zu behalten, und das „Pariser Bülletin", welches gegenwärtig die Gedanken des Elysee am treuesten wiederzugeben scheint, kündigt heute sogar an, daß gar nicht ernstlich an eine Modifikation des Kabinets gedacht wird; nur die Verwickelungen in den deutschen Angelegenheiten hätten zu der sofortigen Bildung eines definitiven Kabinets Veranlassung geben können, da diese Verwickelungen aber nach den neuesten Nachrichten nichts befürchten lassen, so werden auch die gegenwärtigen Minister ihre Portefeuilles behalten.

Indeß zirkuliren Ministerlisten in der National-Versammlung und außerhalb; wie es heißt ist ein Courier an den Herrn v. Falloux abgeschickt, der sich zur Zeit in Venedig befindet.

Das demokratische Central-Komitee in London will nicht, daß man seiner vergesse. Es hat ein neues Manifest erlassen an die Patrioten des lombardisch-venetianischen Königreiches und an die Wiener. Unterzeichnet ist das Manifest von Ledru-Rollin, Mazzini, Darasz (Pole) und Ruge.

Der Exminister Baroche ist wieder als Advokat aufgetreten.

Proudhon, heißt es, würde begnadigt werden.

Eine Arbeiter-Association der Vorstadt St. Antoine will dem Präsidenten der Republik ein Diner geben.

Großbritannien.

(*) **London**, 20. März. Gestern ist Sir Charles Napier hier eingetroffen. Der Zug, welcher den tapfern Kapitän aus Dover brachte, wurde auf der Station mit einem dreimaligen Hurrah empfangen.

Lord Ashley hat dem Erzbischof von Canterbury gestern eine von 239,860 Priestern und Laien unterzeichnete Petition übergeben, in welcher der Erzbischof ersucht wird, so viel an ihm ist, dafür zu wirken, daß Maßregeln erlassen werden gegen das Treiben der katholischen Geistlichkeit.

In Limerich (Irland) hat sich eine katholische Association gegründet, nach Muster derjenigen, die Daniel O'Connell dirigirt hat. Die erste Resolution der Versammlung war, daß Lord John Russell unfähig sei, länger das Land zu regieren.

Provinzial-Zeitung.

* **Görlitz**, 22. März. [Vermischtes.] In der gestern abgehaltenen Stadtverordneten-Sitzung wurde nichts beschlossen, was für weitere Kreise Interesse hätte, mit Ausnahme der Bewilligung von 1119 Rtl. 15 Sgr. zum Glockengeläute der hier im Bau begriffenen römisch-katholischen Kirche an der Friedrich-Wilhelmsstraße. Der Guß dieser drei Glocken ist dem Glockengießer Hadank zu Hoyerswerda übertragen worden. — Mit dem 1. April überkommt Herr Bataillonsart Dr. Moritz vom ersten Bataillon (Görlitz) 6. Landwehr-Regiments, in Folge einer eben eingegangenen Ordre des Generalarztes des 5. Armeekorps, allein die Beaufsichtigung der im städtischen Krankenhause noch immer befindlichen Kranken des Feldlazareths. Von den beiden ihm gegenwärtig noch assistirenden Aerzten ist der eine zu seinem Truppentheil zurückkommandirt, der andere gänzlich entlassen. Die noch vorhandenen Kranken leiden meistens an Augenübeln, doch werden gegenwärtig auch einige schwere Typhuskranke behandelt. — Die Stadt Schönberg hat zwar über 1500 Einwohner, es ist demungeachtet durch Regierungs-Verfügung vom 6ten d. M. genehmigt worden, daß die künftige Verwaltung der Gemeinde-Angelegenheiten, nach Titel III. der Gemeinde-Ordnung erfolge, also mit einem Gemeinde-Vorsteher und zwei Schöffen. Dasselbe ist für die Dörfer des Laubaner Kreises bestimmt, welche über 1500 Seelen zählen.

Mannigfaltiges.

— (Berlin, 22. März.) Wie hiesige Zeitungen melden, hat die Direktion des Königstädtischen Theaters allen Mitgliedern gekündigt, indem sie in Folge des Verbots der Stummen von Portici nicht blos die italienische Oper bis auf weiteres suspendirt hat, sondern auch am 1. Mai die deutsche Bühne zu schließen Willens ist. Die Direktion soll nicht gesonnen sein die Bühne wieder zu eröffnen, ehe sie Garantien gegen fernere Unterbrechungen ihres Repertoirs erhält, nachdem ihr durch das Verbot der genannten Oper ein Verlust von mehreren tausend Thalern, welche sie auf die Inscenirung verwandt hatte, geworden ist. Herr Grobecker verläßt die Bühne schon am 15. April, um zunächst Gastvorstellungen zu geben.

Es herrscht allgemein in England die Meinung, daß von nun an die Weizenpreise sich dort heben müssen oder wenigstens nicht niedriger fallen können. Die Ladungen, die neulich aus dem Asowschen und schwarzen Meere nach Süd-England kamen wurden zu niedrigen Preisen verkauft, 32 bis 36 Schilling pro Quarter. London hat gar nichts von diesem Weizen bekommen, alles wurde für England gekauft. Vorläufig sind in den Häfen keine neuen Weizenladungen angemeldet. Aus Frankreich hat England wenigstens für jetzt keinen Mehltransport zu erwarten, da die französische Regierung, die niedrigen Preise benutzend, alles für Approviantirung ihrer sowohl militärischen als Civil-Magazine einkauft. Die belgischen und holländischen Vorräthe sind erschöpft, es wäre also nur Amerika, welches noch größere Partien Mehl nach England importiren könnte. (C. C.)

Bei der am 18. d. Mts. in Warschau beendigten Verloosung der Partial-Obligationen der ½ Millionen-Anleihe fielen folgende Gewinne

250,000	Poln. Gulden auf Nro.	126,348.
6,000	" " " "	78,506.
4,000	" " " "	40,875.
2,500	" " " "	33,438.
2,000	" " " "	7,050.
2,000	" " " "	9,397.
2,000	" " " "	23,481.
2,000	" " " "	73,727.
2,000	" " " "	74,112.
2,000	" " " "	81,518.
2,000	" " " "	95,725.
2,000	" " " "	104,548.
2,000	" " " "	123,594.
2,000	" " " "	124,997.

Markt-Preise.

Breslau am 24. März 1851.

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare	
Weißer Weizen	56	54	51	47	Sgr
Gelber dito	54	52	50	47	"
Roggen . . .	43	40	38	37	"
Gerste . . .	31	29	28	27	"
Hafer . . .	25½	23½	22½	21½	"
Rothe Kleesaat	—	11½	10⅔	7—9	Rtl.
Weiße Kleesaat	—	10⅓	9½	6-8	Rtl.
Spiritus . .	6⅚ Rtl. Gld.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Börsenberichte.

Berlin, 22. März. Mehrere Eisenbahn-Aktien, besonders Potsdam-Magdeburger stellten sich heute höher im Preise, doch war das Geschäft nur in der benannten Gattung von einiger Bedeutung; Fonds eher matter. Dessauer Bank-Aktien Litt. A. 145½ Gld.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 101 à ¼ bez. und Gld., Priorität 5% 103⅜ bez. und Gld. Krakau-Oberschlesische 4% 73¾ bez., Priorität 4% 86½ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 38⅝, ¾ à ⅜ bez., Priorität 5% 97½ Br. Niederschlesisch-Märkische 3½% 83 bez. und Gld., Priorität 4% 95 Gld., Priorität 5% 103⅝ Gld., Serie III. 5% 103¼ Br. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 26¾ Br., fr. Zinsen. Oberschlesische Litt. A. 3½% 115¾ bez. und Gld., Litt. B. 3½% 108¾ Br. — Geld- und Fond-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5% 105 bez. Staats-Anleihe von 1850 4½% 101⅛ Br. StaatsSchuld-Scheine 3½% 85¼ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 129¼ bez. Posener Pfandbriefe 4% — — 3½% 91½ Br. Preußische Bank-Antheile 96 bez. Polnische Pfandbriefe alte 4% 94½ Br., neue 4% 94 Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4% 82 Br., à 300 Fl. 144 Br.

Wien, 22. März. Bei großer Geschäftslosigkeit waren die Fonds- und Aktiencourse ziemlich unverändert, nur Loose von 1839 und Gloggnitzer E.-B.-Aktien wurden besser bezahlt. Comptanten und Wechsel haben wieder etwas angezogen und waren vorzüglich London und italienische Devisen begehrt.

5% Metalliques 96, 4½% 84⅝; Nordbahn 131¼; Hamburg 2 Monat 192¾; London 3 Monat 12. 57.; Silber 131

Redakteur: Nimbs.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.